

Herr Pütz, selbst Mitglied in der Arbeitsgruppe, beklagt, dass der rechtzeitigen Einbindung der Öffentlichkeit nicht nachgekommen wurde und er daher dem Beschlussvorschlag des Antrages nicht folgen könne. Zusätzlich wird betont, dass sich das Schülerzahlenniveau im Schuljahr 2019/2020 auf gleicher Höhe befinden wird wie heutzutage.

Eine detaillierte Prüfung der zahlreichen Handlungsalternativen und gewissenhafte Entscheidung zur zukünftigen Schulstruktur hat, so D. Grütz, im Vorfeld stattgefunden, weswegen die KGS auch nicht „geschlossen“ wird, sondern jahrgangswise auslaufen soll. So wird allen bisherigen Kindern die Möglichkeit eröffnet, die Schullaufbahn an der gewohnten Schule zu beenden. Der Grund für das Auslaufen der KGS ist jedoch nicht bekenntnisgebunden, sondern allein quantitativer Natur; dabei sind die Beteiligten bestrebt, allen Kindern eine Beschulungsmöglichkeit in den verschiedenen Ortsteilen zu bieten. Herr Grütz konstatiert auf die von ihm in der Vergangenheit gestellte Frage, was eine Verbundschule leisten kann, welches die GGS Bergneustadt nicht zu leisten imstande wäre, keine entsprechende Antwort der befragten Vertreter. Somit ist der Aufbau bzw. das Aufrechterhalten von Parallelstrukturen weder zweckmäßig noch zielführend. Vielmehr sollten Benachteiligungen und daraus eventuell entstehende Gefahren für andere Standorte in dieser Diskussion vermieden werden und eine konstruktive Weiterarbeit in diesem Thema wieder Einzug halten.

Ebenfalls ihr Bedauern über den Rücktritt von Frau Thamm drückte Frau Schmid aus, deren langjähriges ehrenamtliches Engagement zu würdigen sei. Ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Ehrhardt betont sie die Priorität in der Entscheidungsfindung, allen Bergneustädter Kindern in allen Ortsteilen eine erreichbare Grundschule zu bieten. So ist die skizzierte Vorgehensweise auch für die Politik eine „schmerzhaft“ Entscheidung, aber unabdingbar. Aufgrund des Respekts für die langjährige Arbeit aller Personen in der Schulgemeinschaft, mögen die Anwesenden dieses nicht als Entscheidung gegen die KGS verstehen.

Herr B. Grütz unterstreicht die auf unterschiedliche Weise mangelnde Heterogenität in den Schülerschaften der verschiedenen Grundschulen und stellt fest, dass diese Unterschiede die Arbeit in den anderen Schulen erschweren. Gerade aus pädagogischer Sicht ist eine Klassenbildung von leistungsstarken Kindern einerseits sowie vermeintlich leistungsschwächeren Schüler/innen andererseits nicht sinnvoll. Sollte diesen Unterschieden nicht entgegengetreten werden, ist eher mit zunehmenden Problemen zu rechnen, denn mit Abschwächungen. Zudem wird der von Herrn Pütz geäußerten Behauptung energisch entgegengetreten, die Entscheidungsträger hätten die Einbindung der Öffentlichkeit vernachlässigt, und verwahrt sich gegen diesen unrichtigen Vorwurf.

Nach Ansicht von Herrn Rothausen wird in den Gremien vielfach von „Separierung“ gesprochen, dabei außer Acht gelassen, dass 48 % der Schüler/innen an der KGS einen Migrationshintergrund hätten. Insbesondere wird aber kritisiert, dass dem Elternwillen zur Beschulung an der GGS Wiedenest nachgegeben wird, die Willensbekundung nach einer bekenntnisgeprägten Beschulung jedoch ignoriert wird. Daraus folgend stellt Herr Rothausen die Abgewogenheit in der Entscheidungsfindung infrage.

Dazu erwidert Schulrätin Freund, dass die Betrachtungsweise eines Migrationshintergrundes, welches die räumliche Herkunft des Kindes bzw. seiner Eltern ebenfalls berücksichtigt, viel stärker unter der Frage „Wird denn in der Familie deutsch gesprochen?“ zu berücksichtigen ist. Der Anteil dieses Personenkreises beträgt an der KGS lediglich 15 %, im Gegensatz zur GGS Bergneustadt mit einem Anteil von rd. 60 %. Eine Angleichung dieses Unterschiedes wäre der Integration dienlich.

Herr Rothausen bemängelt ferner, dass die eigentlich zukünftigen Nutzer, somit die Erziehungsberechtigten der derzeitigen Kindergartenkinder, hätten befragt werden müssen, um den konkreten Bedarf zu ermitteln. Auch stellt er fest, dass mit dem Grundschulverbund eine

Schule beibehalten werden könnte, welches die Vielfalt aufrecht erhält und dem Elternwillen gerecht wird. Insgesamt dürfe die Debatte um die einzelnen Schulen in Bergneustadt nicht an bestimmten Personen festgemacht werden.

Stadtverordneter Schulte entgegnet dazu, dass die Vielfalt des Bildungsangebotes in erster Linie von der Schüleranzahl abhängt, welche in der Vergangenheit stetig zurückgegangen ist und in der Zukunft weiter zurückgehen wird.

In einer zukünftigen GGS Bergneustadt, prognostiziert Frau Schmid, wird die bekenntnisgeprägte Erziehung unter Beteiligung der kirchlichen Institutionen einziehen müssen und dort ihren entsprechenden Raum finden. Insofern wird sich die GGS auch nach der beabsichtigten Auflösung der KGS in einem Veränderungsprozess befinden und eine andere Schule wie derzeit sein.